BSW
Fraktion im Kreistag
Mecklenburgische Seenplatte

Presseerklärung BSW-Kreistagsfraktion

Gelten bei Transparenz, Kontrolle und demokratischen Verfahren für alle Beteiligten dieselben Maßstäbe?

Transparenz und Aufklärung dürfen keine Frage politischer Mehrheiten sein.

Die BSW-Kreistagsfraktion sieht die vorläufige Verschiebung des Corona-Untersuchungsausschusses im Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit großer Sorge.

Die Menschen haben ein Recht darauf, zu erfahren, auf welcher Grundlage weitreichende Entscheidungen getroffen wurden, die tief in ihr Leben eingegriffen haben. Schulschließungen, Einschränkungen von Grundrechten und die Folgen für Kinder, Familien, Pflegebedürftige und Unternehmen müssen unabhängig und ergebnisoffen aufgearbeitet werden.

Dass der Antrag nun zunächst im Rechtsausschuss geprüft werden soll, darf nicht dazu führen, dass notwendige Aufklärung auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Rechtliche Prüfungen sind legitim – sie dürfen aber nicht zum politischen Instrument der Verzögerung werden.

Für uns gilt: Wer Vertrauen in demokratische Institutionen zurückgewinnen will, muss kritische Fragen zulassen und politische Entscheidungen transparent überprüfen lassen.

Auch die Causa Jens Kreutzer im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte zeigt, wie wichtig ein transparenter und nachvollziehbarer Umgang mit demokratischen Verfahren ist. Dort wurde die Wahl eines Beigeordneten durch das Innenministerium beanstandet; im Landtag wird nun die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zunächst einer rechtlichen Prüfung unterzogen. Beide Vorgänge sind rechtlich unterschiedlich gelagert. Dennoch stellt sich aus Sicht der BSW-Kreistagsfraktion dieselbe grundsätzliche Frage: Wie werden demokratische Entscheidungen, Kontrollrechte und rechtliche Prüfverfahren miteinander in Einklang gebracht, ohne dass der Eindruck politischer Einflussnahme entsteht?

Die BSW-Kreistagsfraktion fordert deshalb eine zügige, sachliche und umfassende Aufarbeitung der Corona-Politik in Mecklenburg-Vorpommern – unabhängig davon, welche Fraktion den Untersuchungsausschuss beantragt hat.

Maik Michalek
Fraktionsvorsitzender
BSW-Kreistagsfraktion Mecklenburgische Seenplatte